

## **9.4 Positionierung gegen die AfD**

### **Antragsteller\*innen:**

**Landesjugendwerk der AWO**

**Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken**

**Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung (juz-united)**

*Die Vollversammlung des Landesjugendrings Saar beschließt:*

### **Die AfD ist keine Alternative für junge Menschen im Saarland!**

Die jugendpolitischen Ziele der AfD und ihre extrem rechte Ideologie stehen der Satzung des Landesjugendrings Saar, den Werten und Zielen der in ihm zusammen- geschlossenen Jugendverbände sowie ihrer Funktion für eine demokratische Bildung und Interessenvertretung der Anliegen von Kindern und Jugendlichen unvereinbar gegenüber.

#### **Deshalb:**

- werden der Landesjugendring Saar und die in ihm zusammengeschlossenen Mitgliedsverbände – als Ziele von Angriffen gegen die Jugend(-verbands)arbeit –solidarisch vereint zusammenstehen und sich den Angriffen entgegenstellen; insbesondere dann, wenn sie sich gegen einzelne Jugendverbände oder Partner\*innenorganisationen richten und so der Pluralismus der Trägerlandschaft insgesamt infrage gestellt wird.
- wird der Landesjugendring Saar bei eigenen Veranstaltungen keine Vertreter\*innen der AfD, sowie mit ihr assoziierten Einzelpersonen, Organisationen oder Untergliederungen einladen.
- wird der Landesjugendring Saar bei eigenen Veranstaltungen in der Öffentlichkeitsarbeit vorab und zu Beginn der Veranstaltung darauf hinweisen, dass im Rahmen der Veranstaltungen keine rassistischen oder rechtsextremen Äußerungen geduldet werden, sowie Personen, welche Organisationen der extremen Rechten angehören, der Szene der extremen Rechten zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Teilnahme ausgeschlossen sind. Die Aufnahme dieses Passus in die Außendarstellung des Landesjugendrings soll geprüft werden.
- ist für die Teilnahme des Landesjugendrings und seiner Mitgliedsverbände an Veranstaltungen Dritter, zu denen die AfD und/oder ihre Mitglieder eingeladen werden, im Einzelfall abzuwägen, ob eigene Themen und Interessen in einer Form und in einem Ausmaß darstellbar sind, welches die Teilnahme rechtfertigt. Im Zweifelsfall soll eine Einladung Dritter begründet abgelehnt werden. Der Vorstand des Landesjugendrings Saar wird beauftragt ein Verfahren zu entwickeln, gemäß dem die Abwägung der Teilnahme des Landesjugendring Saar an solchen Veranstaltungen im Einzelfall und unter Einbezug der Mitgliedsverbände abgewogen und entschieden wird.
- für den Fall, dass Veranstaltungen Dritter, zu denen Personen der AfD eingeladen sind, als relevant für die Interessenvertretung erkannt werden, wird der Vorstand des Landesjugendring Saar beauftragt, Leitlinien für die Öffentlichkeitsarbeit rund um die Teilnahme zu entwickeln, um die satzungsgemäßen Positionen, Werte und Ziele des Landesjugendring Saar und seiner

# TOP 9

## Anträge

Mitgliedsorganisation darzustellen sowie eine Kritik an den Positionen der AfD zu üben – insbesondere mit Blick auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen.

- wird der Vorstand des Landesjugendring Saar damit beauftragt, die in diesem Antrag beschlossenen Positionen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit nach außen zu kommunizieren.

### Begründung

#### **Die AfD ist keine Alternative für die Jugend**

Der Landesjugendring Saar tritt für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein. Die gemeinsame Arbeitsgrundlage des LJR Saar und seiner Mitgliedsverbände ist die Selbstorganisation junger Menschen auf Basis ihrer Werte und Interessen sowie die gegenseitige Achtung der Mitgliedsverbände untereinander, unabhängig von ihren politischen, religiösen, weltanschaulichen und kulturellen Unterschieden.

In diesem Sinne bekennt sich der LJR Saar zu dem Ziel, für eine friedliebende, gewaltfreie, tolerante, demokratische und offene Gesellschaft einzutreten, sowie diese zu fördern.

Der Einsatz für eine demokratische Gesellschaft ist für den LJR Saar jedoch kein reines Lippenbekenntnis. Stattdessen ermöglichen es – wie der 16. Kinder- und Jugendbericht des BMFSFJ feststellt – die selbstorganisierten und selbstverwalteten Zusammenschlüsse der Jugendverbände, „demokratische Prozesse in einem lebensweltnahen Kontext zu erfahren und mitzugestalten“<sup>1</sup>. Die entsprechenden Aktivitäten und Prozesse, in denen diese Erfahrungen stattfinden, sind dabei strukturell in Jugendverbänden angelegt. Der eigene Anspruch der bundes- und landesweit vertretenen Jugendverbände, als „Werkstätten der Demokratie“<sup>2</sup> zu fungieren, konnte u. a. in einer umfangreichen Sekundäranalyse von Studien seit den 1990er Jahren bestätigt werden die zeigt, dass Jugendverbände „bedeutungsvolle Orte einer demokratischen Bildung“<sup>3</sup> darstellen.

#### **Demokratische Bildung ist nicht neutral!**

In der Gesamtheit und Pluralität der Jugendverbände ist die von ihnen geforderte und in ihnen strukturell angelegte demokratische Bildung nicht neutral, sondern findet ihre normative Orientierung „in den demokratischen Grundwerten, den Menschenrechten und ihren grundrechtlichen Konkretisierungen“<sup>4</sup>. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen und multiplen Herausforderungen und Krisen der Demokratie, zu denen u. a. das Phänomen von in ganz Europa erstarkendem autoritären Nationalismus, Rechtsextremismus und -populismus gehört<sup>5</sup>, wird die Bedeutung dieser normativen Orientierung dringender denn je.

---

<sup>1</sup> BMFSFJ (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. S. 365.

<sup>2</sup> Maier, Lisi (2017): Politische Bildung als Auftrag und Kern der Jugendverbandsarbeit. In: Zeitschrift Forum Jugendhilfe (4/2017).

<sup>3</sup> Sturzenhecker, B. (2011): Demokratiebildung. Auftrag und Realität in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Schmidt, H. (Hrsg.): Empirie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. S. 234.

<sup>4</sup> BMFSFJ (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. S. 71.

<sup>5</sup> ebd.: S. 46.

# TOP 9

## Anträge

Der Landesjugendring Saar erkennt diese Bedeutung an und setzt sich daher gemäß seiner Satzung nicht nur für eine demokratische Gesellschaft, sondern auch gegen militaristische, nationalistische, rassistische und antidemokratische Tendenzen ein, die einer solchen Gesellschaft entgegenstehen.

Bereits seit einigen Jahren beobachten wir jedoch, dass der normative Gehalt der demokratischen Bildung hart umkämpft ist und von „Rechts“ (in der BRD von der AfD) unter Beschuss steht: Die Forderung nach Neutralität ist aber kein Qualitätsmerkmal demokratischer Bildung, sondern muss als „politischer Kampfbegriff“ verstanden werden.<sup>6</sup> Als solcher zielt der Begriff auf eine Diskursverschiebung ab und ist fester Bestandteil der neurechten Strategie, die Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs zu erringen. So wird beispielsweise versucht, explizit rassistische oder diskriminierende Denk- und Sprechweisen zu legitimieren sowie eine demokratische Zivilgesellschaft zu diskreditieren, die eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den dahinterstehenden Ideologien und gesellschaftlichen Ursachen versucht. Doch nicht nur Akteur\*innen der demokratischen Bildung und der Kinder-/Jugendverbandsarbeit geraten in die Zielscheibe der AfD, sondern auch staatliche Fördermittelgeber und Partner\*innen werden immer stärker unter Druck gesetzt<sup>7</sup>. Das Ergebnis ist nicht nur ein Klima der Verunsicherung und Angst, sondern auch eine fundamentale Infragestellung staatlicher Förderung für die Kinder- und Jugendhilfelandchaft und menschenrechtlicher Errungenschaften demokratischer Gesellschaften.

### **Die extreme Rechte im Aufwind – mit tödlichen Konsequenzen**

Gerade im Handeln der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), welche die erfolgreichste Organisationsform des deutschen Rechtspopulismus darstellt, lässt sich dieses Vorgehen deutlich erkennen.

Wir beobachten aktuell besorgt, wie erfolgreich die Diskursverschiebung nach rechts ist und dass Politiker\*innen aller Parteien sich nicht nur an der Hetze der AfD orientieren, sondern ihre menschenfeindlichen Positionen übernehmen - beispielsweise durch immer härtere Asylrechtsverschärfungen und rassistische Debatten über Zugehörigkeit. Die sprachliche Verrohung des öffentlichen Diskurses und die zunehmende Normalisierung der AfD, die Erfolge der AfD als „parlamentarischer Arm der extremen Rechten“<sup>8</sup> müssen auch vor dem Hintergrund einer ungebrochenen, tödlichen Kontinuität des Rechtsterrorismus seit 1945 verstanden werden. Die aktuelle Rechtsextremismusforschung spricht deshalb auch von der Qualität eines „extrem rechten (Alltags-)Terrors“<sup>9</sup>. Doch die Morde an Walter Lübcke 2019 sowie die rechtsterroristischen Anschläge 2019 in Halle und 2020 in Hanau sind nur die bisherige Spitze des rassistischen und antisemitischen Gewaltpotentials.

### **Autoritär und antipluralistisch: Die Jugendpolitik der AfD**

---

<sup>6</sup> Sturm, Michael (2019): »Neutralität« als Kampfbegriff. Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten des Rechtspopulismus. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung (1/2019). S. 37-40.

<sup>7</sup> ebd.

<sup>8</sup> Salzborn, Martin (2017): Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. S. 9.

<sup>9</sup> Schedler, Jan (2019): Rechtsterrorismus und rechte Gewalt: Versuch einer Abgrenzung. In: Institut für Zivilgesellschaft und Demokratie (Hrsg.): Schwerpunkt: Rechtsterrorismus, Schriftenreihe Wissen schafft Demokratie (06-2019). S. 107.

# TOP 9

## Anträge

Gerade die jugendpolitischen Positionen und Forderungen der AfD fügen sich in dieses Bild ein und zeigen deutlich, weshalb die AfD keine Alternative für junge Menschen und Jugendverbände als Orte ihrer Selbstorganisation darstellt.

Aus den bundesweiten Anfragen und Anträgen der AfD lässt sich ein Jugendbild erkennen, „das eine demokratische, selbstbewusste und vielfältige Jugend ablehnt“<sup>10</sup>. Während die überwiegende Anzahl der Anträge und Anfragen den Anschein vermittelt, „subtil fragend und ‘neutral’, interessiert und aufdeckend bzw. sachlich und kritikorientiert zu sein“<sup>11</sup>, soll damit lediglich suggeriert werden, dass die legitime Aufgabe einer Oppositionspartei eingelöst wird. Viele Anträge sind jedoch in Diktion und Forderung auch eindeutig aggressiv formuliert<sup>12</sup>. Dies zeigte sich auch anhand des Antrags der saarländischen AfD-Landtagsfraktion von 2018, in dem ein „Finanzierungsstopp“ und die „Überprüfung der Gemeinnützigkeit“ des LJR Saar gefordert wurde sowie die Mitgliedschaften einzelner Jugendverbände infrage gestellt wurden<sup>13</sup>. Währenddessen wird immer wieder die Mitgliedschaft der Jungen Alternative als Voraussetzung einer angeblich neutralen und gemeinnützigen Arbeit von Landesjugendringen gefordert, welche jedoch 2023 endgültig vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wurde.

Zusammengefasst würde die Umsetzung der jugendpolitischen Vorstellungen der AfD eine fundamental veränderte Förderpolitik und Trägerlandschaft bedeuten, die „mit der Einengung von Pluralismus und Handlungsspielräumen verbunden“<sup>14</sup> wäre. Die Jugendpolitik der AfD bettet sich damit nahtlos in eine Gesamtstrategie der AfD zum Umbau der Republik in ein völkisch verfasstes Gesellschaftskonzept mit autoritärem Staatsverständnis ein<sup>15</sup>, das durch biologistische Grundannahmen und ethnokulturellen Reinheitsfantasien geprägt ist. Damit würden Millionen von Jugendlichen ausgeschlossen – sei es aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität oder ihrer Migrationsbiografie.

---

<sup>10</sup> Hafeneeger, Benno / Jestädt, Hannah / Schwerthelm, Moritz / Nils Schuhmacher / Zimmermann Gillian (2021): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. S. 98.

<sup>11</sup> ebd. S. 96.

<sup>12</sup> vgl. ebd. S. 97.

<sup>13</sup> Landtag des Saarlandes, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/288

<sup>14</sup> ebd. S. 102.

<sup>15</sup> vgl. ebd.